

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

Sperrfrist: 30. Juni 2020, 16.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

NEIN zur Kündigungsinitiative

Andrea Caroni, Ständerat FDP/AR

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Medienschaffende

Am 27. September 2020 stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» ab. Die Initiative möchte die Zuwanderung in die Schweiz eigenständig regeln. Dazu soll die heute geltende Personenfreizügigkeit mit den Ländern der Europäischen Union (EU) beendet werden. Wir sprechen deshalb von der Kündigungsinitiative. Die FDP, CVP, GLP, SP, Grünen, BDP und die EVP sowie verschiedenste Wirtschaftsverbände, Bewegungen aus der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften stellen sich dieser Initiative mit geeinten Kräften entgegen und bekämpfen die Kündigungsinitiative. An der heutigen Pressekonferenz werden die hier anwesenden Parteien unsere Hauptargumente gegen die Initiative präsentieren. Die Kündigungsinitiative ist nicht nur eine Bedrohung für unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze, sondern steht auch im Widerspruch zu sicheren Löhnen und dem Schweizer Bildungs- und Forschungsstandort. Mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit setzen wir all das aufs Spiel.

Die Pressekonferenz wird wie folgt ablaufen: Nachdem ich Ihnen die negativen Auswirkungen dieser Initiative insbesondere im Bezug auf die Bilateralen vorgestellt habe, wird Ihnen Elisabeth Schneider-Schneiter, Nationalrätin CVP, über die Folgen für die Wirtschaft und unsere Arbeitsplätze berichten. Danach wird Samira Marti, Nationalrätin SP Schweiz, über die Risiken für die Arbeitnehmenden sprechen. Im Anschluss daran erläutert uns Michel Matter, Nationalrat GLP, die Argumente im Hinblick auf den Schweizer Bildungs- und Forschungsstandort. EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller erläutert die Folgen einer Kündigung der Personenfreizügigkeit in Bezug auf den Fachkräftemangel. Lorenz Hess, Nationalrat BDP, redet über die bevorstehende Einschränkung der Reisefreiheit und zum Schluss zeigt Ihnen Balthasar Glättli, Parteipräsident der Grünen, auf, weshalb die Kündigung der Personenfreizügigkeit zu keiner Verbesserung der Umweltqualität führt. Im Anschluss an diese Pressekonferenz stehen wir Ihnen alle gerne für Fragen und Interviews zur Verfügung.

Bei einer Annahme der Kündigungsinitiative fällt nicht nur die Personenfreizügigkeit weg, sondern wegen der Guillotineklausele auch sechs weitere Abkommen, nämlich die

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

gesamten Bilateralen I. Dazu gehören die Abkommen über die Beseitigung von technischen Handelshemmnissen, über das öffentliche Beschaffungswesens, über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, über den Landverkehr, über den Luftverkehr sowie das Forschungsabkommen.

Die Initianten geben dem Bundesrat ab dem 27. September genau ein Jahr Zeit, um mit der EU über die Beendigung der Personenfreizügigkeit zu verhandeln. Sollte dem Bundesrat dies nicht gelingen, muss er innerhalb von 30 Tage das Abkommen einseitig kündigen. Ich will Ihnen ein Beispiel geben, weshalb diese Frist schlicht nicht realistisch ist. Nach dem Nein des Schweizer Stimmvolks zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) am 6. Dezember 1992, wurden Ende 1994 bilaterale Verhandlungen zwischen der EU und der Schweiz aufgenommen, um die drohende wirtschaftliche Isolation der Schweiz zu verhindern. Die Verhandlungen führten am 21. Juni 1999 – also etwa viereinhalb Jahre nach Verhandlungsbeginn – endlich zum gewünschten Resultat, den Bilateralen I – die heute eben angegriffen werden.

Noch ein Beispiel: Für die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) erhielt der Bundesrat immerhin drei Jahre, aber trotz allen Bemühungen war auch innert dieser Frist mit der EU punkto PFZ nichts zu holen.

Auch das von den Initianten als Alternative zu den Bilateralen gepriesene «umfassende Freihandelsabkommen» ist ein Feigenblatt. Die Verhandlungen über ein solches Abkommen würden Jahre in Anspruch nehmen, mit ungewissem Ausgang, während die Wirtschaft jeden Tag ohne geregelten Marktzugang viel Geld verliert. Gerade in Corona-bedingten, wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist ein solches Experiment klar abzulehnen. Wir wollen den bilateralen Weg weiter gehen und sagen deshalb am 27. September entschieden Nein zur schädlichen Kündigungsinitiative.

Kontakt:

Andrea Caroni, Ständerat FDP (AR), +41 79 688 96 50

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

Sperrfrist: 30. Juni 2020, 16.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

NEIN zur Schwächung der Schweizer Wirtschaft!

Elisabeth Schneider-Schneiter, Nationalrätin CVP/BL

Mit dem Wegfall der Bilateralen I würde der Zugang unserer Waren und Dienstleistungen zum europäischen Binnenmarkt erheblich behindert. Gerne gehe ich etwas näher auf die Auswirkungen für Wirtschaft und Arbeitsplätze in diesem Land ein, die eine Annahme dieser Initiative mit sich bringen würde.

Der Zugang unserer Waren und Dienstleistungen zum europäischen Binnenmarkt würde erheblich behindert. In global unsicheren Zeiten und insbesondere in der jetzigen Situation, in der unsere Wirtschaft sowieso schon geschwächt ist, sind stabile Beziehungen zur EU als wichtigste Handelspartnerin unverzichtbar. Die Bilateralen I sind heute das Kernstück der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Die Abkommen regeln den gleichberechtigten Zugang der Schweizer Unternehmen zum europäischen Binnenmarkt mit über 500 Millionen Kundinnen und Kunden. **Mehr als die Hälfte des Schweizer Aussenhandels läuft heute über die EU.** Ohne bilaterale Verträge verlieren Schweizer Unternehmen den privilegierten Zugang zum mit Abstand wichtigsten Absatzmarkt. Eine Studie von BAK Economics zeigt auf, dass durch den Wegfall der Bilateralen I ein BIP-Verlust kumuliert bis 2035 bis 630 Mia. CHF entsteht.

Man mag zu den Bilateralen Verträgen stehen, wie man will, aber an einem lässt sich nicht rütteln: Wenn es um die Exporte geht, dann ist die EU definitiv die wichtigste Partnerin der Schweiz.

Ebenso wichtig ist der Blick auf die Importe: die Schweiz bezieht rund 65 Prozent ihrer Einfuhren aus der EU.

Notre pays a toujours eu besoin d'une main d'œuvre qualifiée qui n'est pas disponible en nombre suffisant dans notre pays. Cette main d'œuvre, n'en déplaise à l'UDC, a aussi participé au succès de notre pays et permet notamment aux soins infirmiers, à la construction, à l'hôtellerie, à la restauration et à l'agriculture de bien fonctionner. La pandémie du COVID-19 a montré, notamment dans les zones frontalières, l'absolue nécessité de pouvoir compter, aussi en temps de crise, sur cette force de travail qui passe quotidiennement nos frontières pour travailler notamment dans nos hôpitaux.

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

La crise a aussi montré combien notre agriculture compte sur une main d'œuvre agricole étrangère indispensable au bon déroulement des récoltes dans tout le pays.

Zudem brauchen wir nach wie vor Arbeitskräfte aus dem Ausland, die in der Schweiz nicht in ausreichender Zahl und Spezialisierung rekrutierbar sind. Viele Bereiche wie die Pflege, das Bau- und Gastgewerbe oder auch die Landwirtschaft sind davon abhängig. Gerade die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass ausländische Fachkräfte weiterhin zu uns kommen können, beispielsweise im Pflegebereich, oder auch was geschieht, wenn sie plötzlich nicht mehr einreisen können, wie in der Landwirtschaft. Um unerwünschte Nebeneffekte der Personenfreizügigkeit abzufedern, wurden die flankierenden Massnahmen eingeführt. Weitere Massnahmen zum Schutz der inländischen Arbeitskräfte, wie die Stellenmeldepflicht, sind bereits in Umsetzung. Mit den vom Parlament beschlossenen Überbrückungsleistungen für ausgesteuerte Personen ab 60 werden auch ältere, inländische Arbeitssuchende in Zukunft besser unterstützt.

Die Initianten behaupten, mit Annahme der Initiative würde Schweiz «endlich die Zuwanderung wieder eigenständig regeln». Das ist eine bewusste Irreführung der Stimmbürger, denn auch mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen regeln wir die Zuwanderung aus der EU eigenständig. **Die Personenfreizügigkeit gilt nicht bedingungslos.** Wer sich in der Schweiz aufhalten möchte, braucht einen gültigen Arbeitsvertrag, muss selbstständig erwerbend sein oder bei Nichterwerbstätigkeit ausreichende finanzielle Mittel nachweisen können und über eine umfassende Krankenversicherung verfügen. **Die Personenfreizügigkeit führt deshalb vor allem zu einer Zuwanderung in den Arbeitsmarkt: Die Arbeitskräfte aus dem EU-Raum kommen zu uns, weil unsere Wirtschaft auf sie angewiesen ist, weil unsere Unternehmen sie brauchen.** Rund zwei Drittel der Staatsangehörigen aus EU-Staaten, die in die Schweiz einwandern, nehmen direkt eine Erwerbstätigkeit auf. **Die Zuwanderung im Rahmen des Personenfreizügigkeitsabkommens hat insgesamt nicht zu einer Zunahme der Sozialleistungsbezüge oder zu einer Verschlechterung der Arbeitsmarktbedingungen geführt.**

Mit einer Annahme dieser Initiative würde sich die Schweiz isolieren. Wir könnten uns in Europa nicht mehr frei bewegen und der Zugang unserer Waren und Dienstleistungen zum europäischen Binnenmarkt würde behindert. Zu den Bilateralen gibt es keine glaubwürdige Alternative: Denn auch ein intensiverer Handel mit anderen Wirtschaftspartnern könnte den Verlust nicht aufwiegen. Die Initianten behaupten, die bilateralen Verträge liessen sich durch ein umfassendes Freihandelsabkommen ersetzen. Doch sie ignorieren, **dass wir die bilateralen Verträge in den 1990er-Jahren genau deshalb ausgehandelt haben, weil ein Freihandelsabkommen für**

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

die hiesigen Unternehmen nicht ausgereicht hätte. Ein Freihandelsabkommen allein ist nun mal kein Freiticket zum EU-Binnenmarkt.

Wenn wir die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigen, kappen wir die für die Schweiz überlebenswichtige Mobilität von Personen, Talenten und Erfahrungen. Die Schweiz braucht die Bilateralen Verträge. Unser Land liegt mitten in Europa, wir sind auf gute Beziehungen zu unseren Nachbarn angewiesen. Seit 18 Jahren garantieren uns die Bilateralen Verträge ebendiese guten Beziehungen zu Europa. Setzen wir diese also nicht leichtfertig aufs Spiel.

Kontakt:

Elisabeth Schneider-Schneiter, Nationalrätin CVP (BL), +41 79 702 86 64

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

Sperrfrist: 30. Juni 2020, 16.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Lohnschutz abschaffen? Nein danke!

Samira Marti, Nationalrätin SP/BL

Gewalttaten, Corona-Virus oder Klimawandel: Laut der SVP ist die Abschottung der Schweiz die Lösung für alle Probleme. Das ist natürlich Unsinn. Die SVP will mit der Kündigungsinitiative in erster Linie den Lohnschutz abschaffen, Mindestlöhne aufheben und schlechtere Arbeitsbedingungen durchsetzen.

Wenn diese Initiative angenommen wird, werden die Bilateralen Verträge gekündigt. So weit, so schlecht. Für uns als kleines Land mit starker Exportwirtschaft ist das ein volkswirtschaftlicher Selbstmord. Doch die Arbeitsmigration in die Schweiz wird mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit nicht reduziert. Auch in Zukunft würden Menschen aus dem Ausland in die Schweiz kommen, um hier zu arbeiten und zu leben, und zwar aus einem einfachen Grund: Die Schweizer Unternehmungen sind auf diese Arbeitskräfte angewiesen und fordern diese auch ein.

Löhne senken, Rechte abschaffen?

Die Personenfreizügigkeit ist der optimale Mechanismus dafür und ein Gewinn für die Schweiz. Dazu gehören die flankierenden Massnahmen. Sie sorgen dafür, dass unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschützt werden. Fehlbare Firmen aus dem Ausland und der Schweiz werden kontrolliert und gebüsst, in diversen Branchen gibt es Mindestlöhne und Gesamtarbeitsverträge. Das verbessert die Situation für alle auf dem Arbeitsmarkt und schafft für Arbeitgeber gleich lange Spiesse. Mit der SVP-Initiative würde dieser Schutz wegfallen, weil nicht nur die Personenfreizügigkeit, sondern auch das Entsendegesetz aufgehoben und damit die flankierenden Massnahmen gekündigt werden. Die Folgen wären mehr Diskriminierung und Ausbeutung durch Schwarzarbeit und Lohndumping. Die SVP-Initiative würde also nicht die Anzahl Arbeitskräfte in der Schweiz verändern, sondern die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Land: Namentlich würden sie verschlechtern, für SchweizerInnen genauso wie für AusländerInnen.

Notwendig ist aber genau das Gegenteil. Die Flankierenden Massnahmen müssen gestärkt und ausgebaut werden. Dazu gehören die Einführung und Erhöhung der Mindestlöhne, auch ausserhalb der GAV-Branchen, besserer Kündigungsschutz, ein griffigeres Arbeitsgesetz und Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern. Damit

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

können die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz verbessert werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Initianten der Kündigungsinitiative diese wirksamen Lösungen für die Erwerbstätigen sabotieren.

Nie wieder Saisonierstatut!

Vergessen wir nicht, wie die Situation vor der Einführung der Personenfreizügigkeit aussah. Es galt das sogenannte Saisonierstatut. Vielleicht können Sie sich selbst daran erinnern oder kennen die Bilder und Geschichten ihrer italienischen Bekannten. Die sogenannten Saisoniers lebten am Stadtrand in eigens für sie gebauten Baracken, kamen jeweils im Frühjahr für ein paar Monate in die Schweiz, bis sie im Herbst wieder aus dem Land mussten und lange Zeit kein Recht auf Familiennachzug hatten. Später wurde das zwar gelockert, allerdings durften die Kinder in gewissen Kantonen nicht einmal die Volksschule besuchen. Kurz: Die Saisoniers waren vollkommen rechtlos, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen waren absolut menschenunwürdig und die ökonomischen Auswirkungen katastrophal. Arbeitgeber konnten systematisch die Löhne tief halten, und zwar für alle, sowohl für inländische als auch für ausländische Arbeitnehmende. Dahin zurückzukehren ist absolut keine Option.

SVP greift unsere Löhne an

Es ist also klar, worum es der SVP wirklich geht. Es geht ihnen bei der Kündigungsinitiative nicht um die Einwanderung, sondern um die Senkung des Lohnniveaus. Es geht darum, Menschen verschiedener Nationalitäten, die von Lohn und Rente leben, wieder besser gegeneinander ausspielen können. Es geht darum, ausgelieferte Arbeitnehmende zur Verfügung zu haben, die unter prekären Aufenthaltsbedingungen und in einem deregulierten Arbeitsmarkt arbeiten. Massive Lohneinbussen und eine steigende Ungleichheit wären die direkten Folgen. Dagegen wehrt sich die SP mit aller Kraft und darum braucht es am 27. September ein klares Nein zu dieser Lohndumping-Initiative.

Kontakt:

Samira Marti, Nationalrätin SP (BL), +41 79 128 78 35

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

Sperrfrist: 30. Juni 2020, 16.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Pour une Suisse ouverte, innovante, durable, qui gagne!

Michel Matter, Nationalrat GLP/GE

Soyons clairs: un vote favorable sur l'initiative de résiliation des accords bilatéraux nuirait gravement à la formation, la recherche et l'innovation. C'est une menace directe et frontale contre la prospérité de la Suisse, ses compétences, sa compétitivité.

C'est la place de notre pays, son dynamisme et son rapport à ses voisins qui sont ici attaqués. La libre circulation des personnes permet de tendre vers l'excellence en matière de recherche en engageant les meilleurs talents européens, rapidement, indépendamment de contingents ou d'obstacles administratifs majeurs. Ces scientifiques spécialisés et passionnés concourent à rendre notre pays l'un des plus innovants au monde. Ils nous permettent de rester à la pointe de la recherche et de nous positionner face à la concurrence internationale tout en collaborant à la connaissance universelle qui bénéficie à chacune et à chacun dans sa vie quotidienne.

Les initiants nous offrent la perspective d'une Suisse qui se replie sur elle-même, qui s'isole et s'exclut. Il n'est pas raisonnable de mettre en péril tout ce qui a été construit avec succès. Il faut maintenir et développer le pôle reconnu de compétences de recherche et de formation de notre pays. Je suis fier d'être Suisse et Romand lorsque je vois, en tant que médecin, les progrès réalisés et les espoirs qui naissent d'une société ouverte qui œuvre pour améliorer la vie des siens grâce à la science.

Pour toutes les entreprises, les PME, les start-ups, les chercheurs, les travailleurs, les étudiants, pour nos universités, toutes les fondations, pour le partenariat public-privé si important, il est capital de dire NON à cet initiative guillotine, à ce coup de poignard en plein cœur de la prospérité et de l'emploi.

Pour une Suisse qui gagne, qui avance, une Suisse ouverte, innovante et durable, il faut le 27 septembre refuser une initiative qui n'apportera qu'une instabilité juridique, des dommages à long terme, des pertes économiques, la fin des accords avec l'Union européenne donc de la place de la Suisse dans les programmes de recherche sur la santé, l'agroalimentaire, la chimie, la communication, l'énergie, l'environnement, l'espace. La participation dès 2021 au programme-cadre de recherche, appelé « Horizon Europe », serait compromise. Ce serait dramatique.

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

Continuons à vouloir et à avoir une Suisse attractive, performante, florissante et innovante dans des domaines où elle s'impose.

Kontakt:

Michel Matter, Nationalrat GLP (GE), +41 79 285 34 38

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

Sperrfrist: 30. Juni 2020, 16.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

EU-Fachkräfte bereichern die Schweiz

Marianne Streiff-Feller, Nationalrätin EVP/BE

Die Schweizer Wirtschaft ist auf Fachkräfte angewiesen, damit sie ihre Spitzenposition im internationalen Umfeld halten kann. Die Schweizer Bevölkerung ist auf Fachkräfte angewiesen, damit unter anderem die Gesundheitsversorgung gewährleistet bleibt. Die Berufe mit den stärksten Anzeichen für Fachkräftemangel sind solche mit überdurchschnittlichen Qualifikationsanforderungen und unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Dies sind vor allem technische Berufe, wie Ingenieure und in den medizinischen Berufen die Ärzteschaft und das Pflegepersonal.

Die Aussage, es habe genügend Menschen in der Schweiz, welche auf Arbeit angewiesen sind und es gäbe daher keinen Bedarf für Fachkräfte aus dem Ausland, ist wohlbekannt. Die EVP steht konsequent dafür ein, das inländische Arbeitskräftepotential zu nutzen. Aber das reicht nicht. In vielen Bereichen brauchen unsere Unternehmen hoch spezialisierte Arbeitskräfte – Arbeitskräfte, die im Inland schlicht nicht zu finden sind.

In den letzten Monaten ist die Relevanz der Gesundheitsberufe in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Im Gesundheitswesen ist die Differenz zwischen dem benötigten Personal, und dem Personal in Ausbildung besonders gross. Im Bereich Pflege und Betreuung werden nur gerade 56% des benötigten Nachwuchses ausgebildet. Wenn jedes Jahr 6'000 neue Pflegefachpersonen gebraucht, momentan aber nur ca. 3'000 pro Jahr ausgebildet werden – woher soll das Personal dann kommen? Heute stammt knapp ein Drittel aller Fachpersonen in Spitälern, Spitex und Pflegeheimen aus dem benachbarten Ausland. Eines ist dabei klar - ohne die Personenfreizügigkeit ist unser Gesundheitssystem auch mit einer Ausbildungssoffensive weder kurz- noch mittelfristig haltbar.

Falls die Initiative angenommen wird, könne man mittels Kontingente Fachkräfte einstellen, sagen manche Stimmen. Dabei wird jedoch der bürokratische Mehraufwand, der gerade für kleine und mittlere Unternehmen besonders ins Gewicht fällt, enorm steigern. Eine Konsequenz, die von den Verfechtern der Initiative nonchalant zu Tode geschwiegen wird.

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

Für unsere Wirtschaft muss der Zugang zu Fachkräften aus dem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt weiterhin garantiert bleiben. EU-Fachkräfte bereichern die Schweiz. Darum kämpft die EVP gegen die Kündigungsinitiative.

Kontakt:

Marianne Streiff-Feller, Nationalrätin EVP (BE), +41 79 664 74 57

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

Sperrfrist: 30. Juni 2020, 16.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Reisefreiheit – einfache Visabestimmungen für die Schweiz sichern

Lorenz Hess, Nationalrat BDP/BE

Die Kündigungsinitiative nimmt uns die Freiheit weg, überall in Europa zu lernen, zu leben und zu arbeiten. Denn die Personenfreizügigkeit funktioniert nicht nur vom EU-Raum in die Schweiz, sondern auch in die Gegenrichtung. Wir alle profitieren vom einfachen Reisen mit unkomplizierten Grenzübertritten dank dem Schengener Abkommen. Rund eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer lebten Ende 2018 in einem EU-Staat.

Reisefreiheit erscheint uns selbstverständlich. Seit «Schengen» reisen wir in Europa herum, als gäbe es keine Grenzen mehr – die 26 Länder des Schengenraums verzichten untereinander auf Grenzkontrollen für Personen.

Reisen ohne Grenzkontrollen ist weltweit eine Ausnahme. Nach wie vor benötigen wir für die Mehrzahl der Staaten gültige Reisedokumente. Pässe sind wie Schlüssel, die den Zugang zu einem bestimmten Raum gewähren.

Ohne Schengen-Mitgliedschaft könnte die Schweiz nicht mehr Teil des europäischen Visaverbands sein, der für die Tourismusbranche zahlreiche Vorteile bietet.

Dank des Schengen-Abkommens herrscht innerhalb Europas eine grundsätzliche Reisefreiheit. Muss die Schweiz aus dem Abkommen austreten, werden an den Schweizer Grenzen wieder Pass-Kontrollen eingeführt, was unweigerlich zu Wartezeiten, Staus und weiteren administrativen Zusatzaufwänden führt.

Sollte es in einer ausserordentlichen Situation dennoch erforderlich sein, Personen beim Einreisen zu überprüfen, dann sind vorübergehende Kontrollen an den Binnengrenzen schnell errichtet, wie wir jetzt in der Corona-Krise gesehen haben. Waren und Zollformalitäten werden an den Schweizer Landesgrenzen weiterhin überprüft. Zudem hat die Schweiz die Kontrollen im Landesinnern ausgebaut und überwacht die Schengen-Aussengrenzen an den Flughäfen streng.

Im Schengen-Raum reisen aber nicht nur Schengen-Bürger, sondern auch Personen aus Drittstaaten unkomplizierter.

Gäste aus Fernmärkten müssen dank dem Schengen-Abkommen für die Schweiz kein separates Visumsverfahren mehr durchlaufen. Wird der Visaprozess für Touristen aus Fernmärkten verkompliziert, würden viele die Schweiz aufgrund des finanziellen und administrativen Zusatzaufwands auf ihrem Europatrip auslassen. Dem Tourismus drohen dadurch gemäss aktueller Studie des Bundes mittelfristig jährliche

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

Umsatzeinbussen von über einer halben Milliarde Franken. Denn insbesondere Gäste aus Fernmärkten geben in der Schweiz überdurchschnittlich viel Geld pro Tag aus. Vom Abbau dieser administrativen und finanziellen Hindernisse profitieren auch Geschäftsreisende und Wissenschaftler, die an Forschungskongressen in verschiedenen europäischen Ländern teilnehmen.

Kontakt:

Lorenz Hess, Nationalrat BDP (BE), +41 79 356 59 26

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

Sperrfrist: 30. Juni 2020, 16.30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Die Kündigungsinitiative aus Umweltsicht

Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne/ZH

Vorab möchte ich klarstellen: Wir GRÜNE haben uns immer gegen die Kündigungsinitiative eingesetzt, weil sie das Aus der Bilateralen bedeuten würde. Und die Bilateralen sind nicht nur wichtig für die Wirtschaft, die Bilateralen haben auch dazu geführt, dass Menschen mit einem EU-Pass, die seit Jahren und Jahrzehnten in der Schweiz leben und arbeiten, nicht länger diskriminiert werden. Und sie haben – dank der flankierenden Massnahmen – dazu geführt, dass der Lohnschutz in der Schweiz für alle Arbeiter*innen verbessert wurde.

Richtiger Umweltschutz statt Isolation

In den Argumenten zur «Begrenzungs-Initiative» führt die SVP auch den Schutz der Umwelt ins Feld. Das ist schon auf den ersten Blick unglaublich, da die SVP zu den erbittertesten Gegnern eines griffigen Umwelt- und Klimaschutzes gehört. So lehnt die SVP zum Beispiel die Kompromissvorlage des CO₂-Gesetzes ab und bedroht diese gar mit dem Referendum. Aber auch auf den zweiten Blick, wenn wir die Argumente genauer betrachten, wird klar, dass der Umweltschutz bei der SVP nichts weiter als ein Vorwand für ihre menschenfeindliche Politik ist. Gleichzeitig lenkt sie von den griffigen Massnahmen für den Schutz der Umwelt ab.

Zum Beispiel beim Energieverbrauch: Erneut malt die SVP das Bild des Blackouts in den dunkelsten Farben. Aufgrund der Zuwanderung könne der Energiebedarf nicht mehr gedeckt werden, sagt die SVP. Dabei braucht es die Förderung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, gegen den sich die SVP stets wehrt. Allein das ausschöpfbare Solarstrom-Potenzial auf Schweizer Gebäuden liegt gemäss einer [Studie des Bundesamtes für Energie](#) bei jährlich 67 Milliarden Kilowattstunden. Dies entspricht 110 Prozent des Stromverbrauchs der Schweiz. Dazu kommt die heutige Produktion von Strom aus Wasserkraft im Umfang von zwischen 35 und 40 Milliarden Kilowattstunden. Das allein (ohne weitere erneuerbare Energien wie Wind oder Biogas) ergibt mehr als 100 Milliarden Kilowattstunden. Damit ist auch der [Strombedarf eines vollständig dekarbonisierten Energiesystems](#) abgedeckt, inklusive der vollständige Elektrifizierung des Strassenverkehrs – und das ohne AKW und ohne Stromimporte! Die dafür notwendigen zusätzlichen Investitionen in neue Kraftwerke erhöhen die Eigenproduktion der Schweiz, schaffen Arbeitsplätze und entsprechen **jährlichen Investitionen von rund 2 Milliarden Franken**. Zum Vergleich: Heute

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

fließen jährlich mehr als 5 Milliarden Franken für den Import von fossilen Energien ins Ausland.¹ Lieber setzt die SVP mit ihrem Widerstand gegen den Klimaschutz auf Energieimporte und Auslandabhängigkeit (die heute gemäss [Gesamtenergiestatistik](#) ganze 75 % ausmachen) als auf die Stärkung der Wirtschaft im Inland.

Oder beim Umweltschutz. Da will die SVP uns mit ihrer Initiative vor dem Zubetonieren der Landschaft schützen und die Biodiversität bewahren. [Statistiken zur Bauaktivität](#) zeigen, dass die Anzahl neu erstellter Gebäude mit Wohnungen pro Jahr relativ konstant geblieben, respektive in der Tendenz eher leicht gesunken ist. Die Bautätigkeit ist also nicht einfach eine Folge der Personenfreizügigkeit, sondern hängt von anderen Faktoren ab. In den zehn Jahren vor der Personenfreizügigkeit (1993 - 2002) wurden rund 117'871 Einfamilienhäuser gebaut. Zwischen 2003 und 2012 entstanden 109'069 neue Einfamilienhäuser. Die Personenfreizügigkeit hat dabei also keinen wesentlichen Einfluss gehabt.

Zersiedelung und Biodiversitätsverlust sind ein Problem. Um dieses zu lösen, muss man die tatsächlichen Ursachen ansprechen, dann findet man auch die richtigen Rezepte:

- Zersiedelung gibt es dann, wenn die Bauzonen zu gross sind und am falschen Ort, nämlich im Grünen, liegen. Dagegen hat die Bevölkerung 2013 das revidierte Raumplanungsgesetz angenommen. Die SVP allerdings hatte dieses Gesetz vehement bekämpft.
- Der Verlust der Biodiversität ist nebst der Ausdehnung der Siedlungsflächen und der Verkehrsinfrastrukturen vor allem eine Folge von Nährstoffüberschüssen und Pestiziden – geschieht also wegen der intensiven Landwirtschaft. Und es ist gerade diese umweltschädliche Art der Landwirtschaft, die von der SVP unterstützt und gefördert wird. Wir werden das in der beginnenden Debatte zur Agrarpolitik 22+ erneut sehen – und wir GRÜNE werden uns für Alternativen einsetzen.

Das Fazit: Ob ein Deutscher in Baden-Württemberg oder im Baselland lebt – er verbraucht so oder so Strom, Energie und Ressourcen. Für die Umwelt und das Klima gibt es keine Grenzen.

Die Strategie der SVP ist sonnenklar: Sie schiebt Umweltargumente für ihre Kündigungsinitiative vor und behindert gleichzeitig die tatsächlich wirksame Umweltpolitik wo sie nur kann. Denn nur schon durch die aktuelle Debatte wird bei der Bevölkerung der Eindruck erweckt, dass Zuwanderungsbeschränkung ein Allheilmittel

¹ www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/statistik-und-geodaten/energiestatistiken/gesamtenergiestatistik.html

NEIN zur Kündigungsinitiative

Am 27. September 2020

für die Umweltprobleme sei. Dadurch wird die Aufmerksamkeit von den eigentlichen dringend notwendigen, griffigen Massnahmen in der Umweltpolitik und von den schädlichen Folgen bei einer Annahme der Kündigungsinitiative abgelenkt. Daher gibt es auch von den GRÜNEN ein klares Nein zu dieser Initiative.

Kontakt:

Balthasar Glättli, Nationalrat Grüne (ZH), +41 76 334 33 66